

Saudi-Arabien und Iran - Konterrevolutionäre Rivalen

Robert Teller, Neue Internationale 240, September 2019

Beide Staaten

stehen seit 1979 in offener Feindschaft zueinander. Saudi-Arabien ist enger Verbündeter der USA, das iranische Regime entstand aus einer Revolution gegen eine pro-amerikanische Diktatur und legitimiert sich seit jeher über seinen vorgeblichen Anti-Imperialismus.

Beide

beanspruchen eine Führungsrolle innerhalb der islamischen Welt. Dass sich das saudische Königshaus und das iranische Regime dabei auf einander entgegengesetzte islamische Interpretationen berufen, taugt nicht als Erklärung für ihre Feindschaft. Der Konflikt ist vielmehr eine Folge von geopolitischen Allianzen und ihres politischen Charakters.

Für die aktuelle

Konfliktsituation sind mehrere Aspekte von Bedeutung: Die Rivalität imperialistischer Mächte, die im Nahen und Mittleren Osten ausgetragen wird, und die Rolle Saudi-Arabiens und Irans als „Energie-Supermächte“ und Konkurrenten am Weltmarkt. Besondere Bedeutung für den Konflikt haben der US-Einmarsch im Irak und die Auswirkungen der Arabischen Revolutionen 2011.

Geschichte Saudi-Arabiens

Der heutige

saudische Staat entstand 1932 in Folge etwa zweihundert Jahre andauernder Versuche der Saud-Dynastie, die Arabische Halbinsel zu unterwerfen. Zur Zeit des Osmanischen Reiches waren diese Versuche alle zum Scheitern verurteilt. 1945 vereinbarten Präsident Roosevelt und König Abd al-Aziz Ibn Saud eine Partnerschaft, die im Grunde bis heute Bestand hat. Saudi-Arabien sollte zum verlässlichen Partner, Energielieferanten und politischen Gegengewicht zum sowjetischen Einfluss im arabischen Raum werden. Das saudische Königshaus erkaufte sich mit dem Ölexport in die USA die Garantie, jederzeit militärischen Schutz zu erhalten. Saudi-Arabien hat die größten nachgewiesenen Ölressourcen weltweit, ist weltgrößter Ölexporteur und unter den ÖlproduzentInnen das Schwergewicht mit dem größten Einfluss auf die Ölpreise. Während die USA Saudi-Arabien als größter Ölproduzent überholt haben, hat aufgrund der geologischen Verhältnisse die saudische Förderung nach wie vor die geringsten Produktionskosten. Das saudische Königshaus verfügt über die Macht, durch Steigerung der Fördermenge den Ölpreis unter den Betrag zu drücken, der für schwieriger zu erschließende Lagerstätten noch profitabel ist.

Das saudische Königshaus kann im arabischen Raum auf die längste Kontinuität politischer Herrschaft zurückblicken. Hätte es auf der arabischen Halbinsel kein Erdöl gegeben, so wäre dem saudischen Staat wohl das gleiche Schicksal beschieden gewesen wie zahllosen anderen arabischen Staaten, deren schwache Bourgeoisien bis heute unfähig sind, ihr Land zu einen und zu regieren, und daher lange Zeit zwischen Staatsstreichen und imperialistischen Interventionen nicht zur Ruhe kamen. Doch die besonderen Bedingungen einer Rentenökonomie ermöglichten es dem saudischen Herrscherhaus, sich einen Staat nach seinem Bilde zu schaffen: eine korrupte Despotie, deren primärer Zweck darin besteht, Petrodollars in die Taschen einiger hundert Prinzen zu schaufeln.

Die scheinbar nie versiegende Geldquelle des Ölexports erlaubte es dem Königshaus auch, seine Herrschaft in einer von atypischen Klassenverhältnissen geprägten Gesellschaft zu festigen. Der Staat stützt sich auf eine privilegierte Schicht saudischer

ArbeiterInnen und Verwaltungsangestellten. Die ArbeiterInnenklasse in Saudi-Arabien besteht zum größten Teil aus MigrantInnen, die für begrenzte Zeit und in ihrer Mehrheit in vollkommener Rechtlosigkeit im privaten Sektor überausgebeutet werden.

Dennoch steht

Saudi-Arabien vor einer Reihe grundsätzlicher Probleme. Das ist zum einen die im Verhältnis zum Reichtum des Herrscherhauses wirtschaftliche Rückständigkeit.

Weder hat sich eine vom Königshaus unterscheidbare nationale Bourgeoisie herausgebildet noch eine indigene ArbeiterInnenklasse. Das Land ist stark vom Import von Waren und Arbeitskraft abhängig.

Zum anderen

kostet der staatliche Sektor mit seinem hohen Lohnniveau viel Geld. Die vergangenen Jahre waren aufgrund des hohen Staatsdefizits bereits von sozialen Einschnitten und vom Schrumpfen der privilegierten, aristokratischen Schicht gekennzeichnet, auf die sich der saudische Staat stützt. Es sollte auch nicht vergessen werden, dass trotz weitreichender staatlicher Wohlfahrtsprogramme der

Anteil der saudischen StaatsbürgerInnen, die in Armut leben, bei etwa 20 % liegt.

Und drittens ist

der saudische Staat hochgradig abhängig von der politischen Partnerschaft mit westlichen Regierungen. Diese Partnerschaft hat auch für diese einen politischen Preis: den Vorwurf der Unterstützung des mörderischen Kriegs im Jemen und der Rückendeckung für die extrem repressive Politik des Königshauses.

Geschichte Irans

Das iranische

Mullah-Regime geht zurück auf die Iranische Revolution im Jahr 1979, die den heutigen Nahen und Mittleren Osten maßgeblich geformt hat. Der Sturz des Schah-Regimes war der Sieg einer gewaltigen Streikbewegung. Sie beendete die Ära unmittelbarer Kontrolle durch die USA und die ehemalige Besatzungsmacht Großbritannien. Doch die Früchte der Revolution gingen aufgrund des Fehlens einer revolutionären Führung und der Volksfrontpolitik der Tudeh-Partei an die Bewegung des erzreaktionären Ajatollah Chomeini verloren. Ein anderer Teil der iranischen Linken wandte sich dem Guerillakampf zu, anstatt den massenhaften Kampf der ArbeiterInnen anzuführen. Manifest wurde die drohende Niederlage der

Iranischen Revolution mit dem von den USA unterstützten irakischen Angriff 1980. Es folgte 1982 die Zerschlagung der gesamten politischen Opposition durch das Mullah-Regime.

Dieses setzte

seither auf eine pan-islamische Politik, um seinen Einfluss im arabischen Raum auszubauen. Dabei ist nicht nur der Aufstieg der Hisbollah im Libanon zu nennen. Das iranische Regime hegte auch lange Zeit gute Beziehungen zur sunnitischen Muslimbruderschaft in Ägypten.

Iran und der US-Einmarsch 2003 im Irak

Die US-Invasion

im Irak 2003 führte zwar innerhalb kurzer Zeit zum Zusammenbruch des Saddam-Regimes, doch schaffte es das US-Militär nicht, das entstandene Machtvakuum zu füllen.

Die Invasion, die die direkte Kontrolle der USA über den Irak herstellen sollte, führte stattdessen zur Verankerung schiitischer, dem iranischen Regime ergebener Kräfte. Im Angesicht des Erstarkens sunnitisch-fundamentalistischer Kräfte – mit Unterstützung ehemaliger BaathistInnen – in der Erhebung gegen die US-Besatzung sah sich das US-Militär auf einmal Seite an Seite mit den vom Iran unterstützten Milizen, die das Ziel der US-Invasion, ein stabiles pro-westliches Regime zu etablieren, hätten durchkreuzen können.

Im Kriegstrommeln

der US-Rechten gegen den Iran zeigt sich auch heute ein tiefer Widerspruch innerhalb des US-Imperialismus: Trump möchte das Militär aus Syrien und Afghanistan zurückziehen, ohne aber dem Iran das Feld zu überlassen. Eine US-Invasion im Iran würde sehr wahrscheinlich den ganzen Nahen und Mittleren Osten ins Chaos stürzen. Daher gibt es auch innerhalb der US-Rechten Stimmen, die einen Krieg ablehnen, gerade weil der Iran als Ordnungsmacht nicht zu ersetzen ist. Hier liegt auch der Interessenskonflikt mit Israel und Saudi-Arabien, die Irans Regionalmachtambitionen nicht anerkennen.

Saudi-Arabien, Iran und die Arabische Revolution

Die relative politische Stabilität des saudischen Regimes bedeutete in den Jahren ab 2011, dass das wirtschaftlich und politisch mächtigste Land der arabischen Welt ein Hort der dortigen Konterrevolution wurde. Dass aber auch Saudi-Arabien vor einer revolutionären Erhebung nicht immun sein würde, zeigte die Erhebung in Bahrain, die im März 2011 durch eine saudische Militärintervention niedergeschlagen wurde, um ein Übergreifen zu verhindern.

Die Arabischen

Revolutionen trafen nicht zufällig vor allem die schwächeren Regime

unvorbereitet. In Ägypten, dem Land mit der größten ArbeiterInnenklasse im arabischen Raum, konnte Sisis Putschregime 2013 nur durch die Ermutigung und Unterstützung des saudischen Königshauses den endgültigen Sieg über die Revolution erringen, den in dessen Folge drohenden Staatsbankrott abwenden und den Militärstaat wieder aufrichten. In Syrien war das saudische Regime einer der Hauptsponsoren der mächtigen islamistischen Rebellenkoalitionen Dschaisch al-Islam (Armee des Islams) und Ahrar al-Scham (Islamische Bewegung der freien Männer der Levante) und trägt maßgebliche Verantwortung für die Niederlage der revolutionären Erhebung von 2011. Das saudische Königshaus konnte als Rückgrat der arabischen Konterrevolution seinen Einfluss in der Region ausbauen. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass dies mit gewaltigen Kosten erkaufte wurde. Der Krieg im Jemen, unter dem Vorwand begonnen, iranischen Einfluss zu bekämpfen, ist für Saudi-Arabien militärisch gescheitert und hat wohl bislang weit über 100 Mrd. US-Dollar gekostet.

Das iranische

Regime hat sich seinerseits 2011 von Beginn an darauf festgelegt, das Assad-Regime

zu verteidigen – unter anderem, weil es die syrische Revolution als Fortsetzung der Massenproteste im Iran 2009/2010 sah. Die Unterstützung mit Waffen, Technologie, militärischen BeraterInnen und Finanzhilfen hat das syrische Regime vor dem Sturz gerettet. Seit etwa 2013 ist iranisches Militär in Syrien im Einsatz. Zur gleichen Zeit baute das iranische Regime eine Art „Fremdenlegion“ in Syrien auf, deren Mitgliederzahl die der ausländischen sunnitischen DschihadistInnen deutlich übersteigen dürfte. Die Entscheidung der US-Regierung von 2015, auf die kurdischen YPG-Kräfte zu setzen, ist auch der Lektion des Irak-Kriegs geschuldet, d. h. der Versuch, ein Gegengewicht zum iranischen Einfluss zu schaffen.

Letztendlich hat

also das Scheitern der Arabischen Revolutionen auch dem iranischen Regime geholfen, seinen Einfluss in der Region auszuweiten. Sinnbildhaft für die

Hoffnungslosigkeit der US-Interventionspolitik ist wohl der Einmarsch von Daesch (Islamischer Staat; IS) im Nordirak im Juni 2014, dem zunächst weder die irakische Zentralregierung noch die kurdische Autonomieregierung etwas entgegenzusetzen vermochten. Schnell wurde unter US-Führung eine Militärallianz zusammengezimmert, die das Schlimmste abwenden sollte. Das Rückgrat der Bodentruppen waren abermals schiitisch-fundamentalistische Kräfte.

Im Iran wie auch in Saudi-Arabien herrscht nicht Gottes Wille, sondern das Kapital. Die globale Krisensituation macht Massenerhebungen nicht nur möglich, sondern sehr wahrscheinlich, wie die Proteste der vergangenen Jahre im Iran gezeigt haben. Nicht erst die massive Zuspitzung der wirtschaftlichen Lage aufgrund der neuen US-Sanktionen hat zu einer Welle von Streiks geführt, die sich meist gegen die Entwertung der Löhne durch die auf 50 % gestiegene Inflation richten. Die Repression des Regimes hat nur dazu beigetragen, den Streiks eine zusätzliche politische Komponente zu geben, wie etwa Streiks in Solidarität mit den ArbeiterInnen der Zuckerfabrik Haft Tappeh Ende 2018 gezeigt haben. Die iranische ArbeiterInnenklasse kämpft, und in dieser Situation ist es notwendig, eine neue revolutionäre Organisation aufzubauen, die die Lehren des Scheiterns der Iranischen Revolution zieht und ein Programm für den Sturz des Regimes durch die ArbeiterInnenklasse entwickelt.

Krieg im Jemen - Kampf um die regionale Vormachtstellung

Tobi Hansen, Neue Internationale 225, Dezember 17/Januar 18

Es gibt Kriege und Bürgerkriege, die stehen im Mittelpunkt des internationalen medialen Interesses. Das Gegenteil davon verkörpert der Krieg im Jemen seit

2013. Das ärmste Land der Arabischen Halbinsel steht kaum im Fokus der Öffentlichkeit. Neulich schaffte es ein Beinahe-Raketenbeschuss des Flughafens von Riad in die Weltpresse, aktuell ist es der Tod des Ex-Präsidenten Ali Abdullah Salih, welcher in Sanaa, wahrscheinlich von seinen ehemaligen Verbündeten, ermordet wurde.

Der Ausbruch einer Choleraepidemie, Millionen von Binnenflüchtlingen, massive Ernteaufschläge, Hunger und Elend haben eines der ärmsten Länder der Welt in die Katastrophe gestürzt. Die Welt aber schaut zu und der „Westen“ unterstützt die kriegführenden Saudis, die 2015 einmarschiert sind.

2013 brach die Regierung von Präsident Abed Rabbo Mansur Hadi zusammen. Sein Vorgänger Salih hatte seit 1978 den Nordjemen (Jemenitische Arabische Republik, Hauptstadt Sanaa) regiert und nach der Vereinigung 1990 mit der Demokratischen Volksrepublik (Südjemen, Hauptstadt Aden) auch den Gesamtstaat (Republik Jemen). Das Land wurde schnell von der Protestwelle des „Arabischen Frühlings“ erfasst. Als in Tunesien die Massen auf die Straße gingen, protestierten die Menschen in Sanaa und Aden. Diese Massenbewegung führte auch zum Ende der Regierung Salih. Dessen Nachfolger Hadi konnte aber kein stabiles Regime aufbauen.

Seit 2013 führten verschiedene Fraktionen im Jemen Bürgerkrieg: Generäle, die sich mit ihren Truppen als „Warlords“ gerierten; al-Qaida-Milizen, die als sunnitische Extremisten speziell die schiitische Bevölkerung attackierten; wie auch die schiitischen Huthi-Rebellen, die ihrerseits nach der Macht im gesamten Staat griffen. Sunnitische Milizen wie al-Qaida unterstützten zusammen mit Teilen des Militärs den Ex-Präsidenten Hadi, andere Teile des Militärs wie auch die schiitische gläubige Bevölkerung (30 - 40 Prozent der EinwohnerInnen) die Huthi-Rebellen. Diese eroberten 2015 die Provinzhauptstadt Ibb, beherrschten Teile der Hauptstadt Sanaa, lösten das Parlament des Jemen auf und ernannten ihr „Revolutionskomitee“ zur alleinigen Regierung. Dies erklärt auch, warum die Huthi inzwischen Ministerien wie zur Zeit das des Inneren unter Kontrolle haben.

Hintergründe und Auswirkungen des Bürgerkriegs

Wie viele andere Halbkolonien ist auch der Jemen vom Verkauf der natürlichen Ressourcen abhängig. Das ärmste Land der Arabischen Halbinsel muss seine Öl-

und Gasreserven ausplündern lassen, was vor allem US-amerikanische, französische und südkoreanische Unternehmen besorgen. Daraus erwachsen dem Land die einzigen nennenswerten Deviseneinnahmen und folglich auch die bedeutendsten Einkommensquellen. Ex-Präsident Salih hatte den im ehemaligen Nordjemen verankerten Huthis mehr Teilhabe an den Erlösen zugesichert. Einige Quellen bezeichneten ihn deshalb als „Überläufer“. Ihm gegenüber stand sein Nachfolger Hadi, welcher sich vor allem auf die Machtstrukturen des ehemaligen Südjemen stützte. Außerdem gibt es in beiden Landesteilen Sezessionsbestrebungen, welche natürlich vor allem den jeweiligen Eliten der Abtrünnigen zugutekommen sollen. Jede Kompradorenclique versucht, die alleinige Kontrolle über die Öl- und Gasfelder zu erlangen.

Ökonomisch betrachtet ist die Landwirtschaft weiterhin größtes Beschäftigungsfeld für die rund 28 Millionen JemenitInnen. Das BIP (2014 ca. 28 Mrd. US-Dollar) wird zu ca. einem Viertel im Agrarsektor erwirtschaftet, der über 50 % aller Arbeitskräfte beschäftigt. Die Industrie mit einem Anteil von knapp 9 % ist extrem unterentwickelt (15 % der Beschäftigten), der Dienstleistungssektor (vor allem rund um die Landwirtschaft und die Öl- und Gasbranche) hat einen Anteil von 67 % am BIP (ca. 36 % aller Beschäftigten).

90 % der Wasserressourcen des Landes müssen zur Bewässerung der Landwirtschaft aufgewendet werden, auch weil nur ca. 3 % des Landes agrarisch nutzbar sind. Der Bürgerkrieg und der Einmarsch Saudi-Arabiens haben Millionen ihrer Existenz beraubt. Die Ernten fielen aus, die Felder konnten nicht bestellt werden, Millionen sind auf der Flucht. Für die Resultate des Krieges sind auch die imperialistischen Staaten wegen ihrer Unterstützung der Saudi-Monarchie verantwortlich!

Der Angriff Saudi-Arabiens

Der Erfolg der Huthi-Rebellen im Bürgerkrieg veranlasste diese aufstrebende Regionalmacht zum Angriff auf das Nachbarland. Offiziell soll die gescheiterte Regierung Hadis unterstützt werden, de facto geht es aber um die Verhinderung eines schiitischen Regimes auf der Arabischen Halbinsel. Schon 2012 schickte das Königshaus Truppen nach Bahrain, als dort die schiitische Bevölkerung gegen ihre Unterdrückung und Benachteiligung im Staat als Teil des „Arabischen Frühlings“ aufbegehrte und tagelang die Hauptstadt lahmlegte. Mit tausenden Soldaten, Panzern und Luftwaffe wurde ein friedlicher Protest

zusammengeschossen. Die saudische Kriegsführung im Jemen ist allerdings nur vordergründig ein Konflikt zwischen SunnitInnen und SchiitInnen.

Die Blockade und Isolation von Katar zeigen deutlich: Religion ist nur Fassade! Der saudischen Hofclique geht es allein um die Beherrschung der Halbinsel und vor allem darum, jeglichen möglichen Einfluss des großen regionalen Konkurrenten, des Iran, zu verhindern.

In der Geschichte des Jemen hatte es lange relativ wenig religiöse Konflikte gegeben, im Gegenteil: Zwischen schiitischen ZaiditInnen und sunnitischen SchafitInnen gab es regelmäßigen religiösen Austausch wie z. B. gegenseitige Predigten in den Gotteshäusern. Diese eher ausgleichende Praxis zwischen den islamischen Strömungen fand ihr Ende mit den 2000er Jahren. Der sunnitische Extremismus konnte sich in Form von al-Qaida-Gruppierungen wie (A)QAP (engl. Abkürzung für: al-Qaida on the Arabian Peninsula) verankern. Seit 2015 ist auch ein Ableger des sog. „Islamischen Staates“ im Jemen aktiv.

2015 bildete Saudi-Arabien eine Militärkoalition zum Einmarsch in den Jemen. Das Prinzip wurde von den USA übernommen, eine Koalition der Willigen zusammengesucht bzw. -gekauft. So wurden Ägypten, Bahrain, Katar, Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate, Jordanien, Marokko, Sudan und Senegal Teil der sog. „Operation Decisive Storm“. Zunächst war auch Pakistan Teil des Militärbündnisses, lehnte aber die Luftangriffe ab und ist somit ähnlich wie Marokko eher passiver Teil der Allianz, während alle anderen Staaten Armeeeinheiten schickten. Dieses Militärbündnis wird logistisch, vor allem nachrichtendienstlich, von den USA, Frankreich und Großbritannien unterstützt. Diese imperialistischen Staaten setzen auf „ihren“ langjährigen Verbündeten Saudi-Arabien. Erst im Frühjahr 2017 unterschrieben die Saudis einen Rüstungsdeal mit den USA, welcher ein Volumen von über 300 Mrd. US-Dollar haben soll. Dazu kommen noch unzählige Abkommen mit europäischen Staaten wie Deutschland. Saudi-Arabien verfügt über eine moderne Armee und will diese für seine Ziele einsetzen.

Die Ambitionen des Königshauses

Kronprinz Mohammed bin Salman hat sich in den Nachfolgekämpfen innerhalb der Dynastie durchgesetzt. Teile seiner Verwandtschaft sind wegen Korruption angeklagt und stehen in einem Luxushotel unter Hausarrest. Dort war auch der

libanesischer Ministerpräsident Saad Hariri kurzzeitig untergebracht. Dieser innere Machtkampf wird aktuell mit besonders aggressiver Rhetorik nach außen begleitet - nicht gerade ein Zeichen für innere „Stabilität“. Die internen Skandale, speziell mit dem Vorwurf der „Korruption“ garniert, erinnern der Form halber auch an die „Säuberungen“ innerhalb der chinesischen Bürokratie. Obwohl sich alle Teile des Königshauses wie auch seiner Hofbürokratie am erarbeiteten Reichtum bereichert haben, wird der Korruptionsvorwurf nur jenen zum Verhängnis, die in diesem Machtkampf unterliegen.

Die westlichen KommentatorInnen verweisen schnell auf diese Gegensätze am Persischen (Arabischen) Golf. Schließlich will auch die Regionalmacht Iran ihre Ambitionen aufrechterhalten, nicht nur im Irak, in Syrien und im Libanon. Diese Konfliktstellung zwischen beiden Regionalmächten ist Folge der zugespitzten imperialistischen Konkurrenz, insbesondere zwischen ihren im Hintergrund agierenden Schutzmächten USA und Russland. Es ist auch nicht verwunderlich, dass Saudi-Arabien eine aggressivere Politik einschlägt, gerade wenn die USA das Nuklearabkommen mit dem Iran aufkündigen wollen und im Kabinett stramme Kriegsbefürworter gegen diesen Staat sitzen.

Kriegstaktik

So sehr die unmittelbar revolutionäre Perspektive auch im Jemen durch den Krieg verschüttet scheint, so schnell kann sich diese Lage ändern. Weder die Führung der Huthis, welche vor allem ihre Pfründe im Staat erhöhen will, noch der Ex-Präsident Hadi mit der saudischen Luftwaffe im Rücken werden dem jemenitischen Volk Frieden, geschweige denn eine Perspektive bieten können. Was den Bürgerkriegsaspekt des Konflikts betrifft, dürfen RevolutionärInnen keines der beiden Lager um Hadi- und Salih-AnhängerInnen unterstützen.

Doch neben den lange Zeit dominierenden Bürgerkriegscharakter im jemenitischen Krieg ist mit dem direkten militärischen Eingreifen Saudi-Arabiens, neben Israel eine der beiden Hauptstützen des US-Imperialismus in Nahost, eine zweite, zunehmend an Bedeutung gewinnende Komponente getreten. Die Bekämpfung dieser Aggression ist auch ein Ziel aller fortschrittlichen Kräfte. Im heutigen Konflikt treten wir deshalb für die vollständige Niederlage des saudischen Aggressors ein. Das schließt auch die Zusammenarbeit mit den jemenitischen Kräften wie den Huthi-Milizen ein, die sich der Intervention entgegenstellen, ohne deren politische Ziele und Führung auch nur einen

Moment zu unterstützen.

Vor allem in Saudi-Arabien wie auf der gesamten Arabischen Halbinsel ist es darum Pflicht der ArbeiterInnen- und BäuerInnenmassen, den Kriegsanstrengungen der Monarchie eine Niederlage beizufügen. Dies gilt auch für die organisierte ArbeiterInnenbewegung weltweit. In Deutschland muss z. B. der Export von Rüstungsgütern nach Saudi-Arabien gestoppt werden.

Diese Taktik könnte sich freilich ändern, wenn der regionale Aspekt des Kriegs die Oberhand gewänne, also die beiden verfeindeten Streithähne als Stellvertreter Riads/Washingtons oder Teherans/Moskaus, also als diesen untergeordnete Kampfverbände, agierten und der Krieg zu einem reinen StellvertreterInnenkrieg werden würde.

Der Arabische Frühling kann wieder kommen

Jemen war einer der ersten Staaten, die von den Massenprotesten 2011/2012 erfasst wurden. Diese führten zum Ende der über 30-jährigen Amtszeit Salihs. Heute müssen viele JemenitInnen in Saudi-Arabien arbeiten, sind z. B. als Tagelöhner und im Haushalt der Willkür des saudischen Herrschaftssystems ausgeliefert. Dieses islamistisch-klerikale System ist ähnlich der iranischen Theokratie im Inneren nicht stabil. Jede demokratische Bewegung, jedes Eintreten für die mindesten Frauenrechte, jegliche Bewegung der Millionen ArbeitsmigrantInnen kann diese Dynastie beenden und somit ein Zentrum der Reaktion, Ausbeutung und Unterdrückung in dieser Region zerschlagen. Letztlich müssen die BäuerInnen, die Armut in Stadt und Dorf, die ArbeiterInnen auf den Öl- und Gasfeldern und in der Stadt sich politisch organisieren, müssen für ihre sozialen und demokratischen Rechte eine Partei ihrer Klasse aufbauen, eine Partei der ArbeiterInnen, die die permanente Revolution, gestützt auf die BäuerInnenschaft, auf die Arabische Halbinsel trägt!